

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Hefz. Sonntagsbeilage

Telefon Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteiberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna etc.

Erzheim: wöchentlich dreimal: Die Freitag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr Bezugspreis vierteljährlich 2 Mk. 10 Pfg., monatlich 70 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. Amtlicher Teil 40 Pfg. Reklamzeile 50 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Kuppelung, Waldbrand, Betriebsstörung im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 6.

Sonntag, den 12. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Amtliches.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrats, der Beigeordneten und Beauftragten des Arbeiterrats ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Die Baugesuche der Herren Fabrikbesitzer Adolf Arnold — Neubau eines Kontors und einer Kleiderablage an das Fabrikgebäude Babergasse 6 —, Kaufmann Hans Becker — Neubau eines Nebengebäudes auf dem Grundstück Ecke Schiller- und König-Albert-Strasse —, Fabrikbesitzer Lemsch — Neubau eines Nebengebäudes auf dem Grundstück Ecke Garten- und Schiller-Strasse, Kaufmann Richard Gindupel — Neubau eines Schuppens in seinem Grundstück Leipziger Strasse 12 —, Verlagsbuchhändler Müller — Neubau eines Wein- und Kulturhauses in seinem Grundstück an der Gölitzstrasse —, wurden bedingungsweise befürwortet.

2. Der für die Kleinkinderbewahranstalt Elisabethstift festgesetzte Jahresbeitrag von 600 Mk. soll zufolge eines Gesuchs auf 1000 Mk. jährlich erhöht werden.

3. Von einer Mitteilung des Kirchenvorstandes über die Höhe der Kirchenanlagen im Jahre 1919 wurde Kenntnis genommen. Es sollen zunächst die Haushaltspläne beigegeben werden.

4. Das Gaswasser wird an Herrn Stadtblaschpächter Böhne unter der Bedingung überlassen, daß er in das Höchstgebot von 16 Pfg. je Zentner eintritt.

5. Von einem Gesuche einiger Gewerbetreibender um vorzuzugige Berücksichtigung bei städtischen Arbeiten nahm man Kenntnis. Nötigenfalls will man darauf zurückkommen.

6. Das mit Herrn Privatmann Otto Kofch getroffene Abkommen wegen der Landabtrennung von seinem Grundstück Schloßstraße 10 wurde genehmigt. Die Einfriedigung stellt vereinbarungsgemäß die Stadt her. Die Arbeiten wurden Herrn Baumeister Dehmichen für den veranschlagten Preis von 288 Mk. übertragen. Herr Kofch trägt dazu 50 Mk. bei.

7. Von einer Zuschrift der Desinfektorenschule Dresden nahm man Kenntnis. Die Desinfektionen soll bis auf weiteres der Desinfektor Engelmann vornehmen. Das Gesuch des Desinfektors Freundel in Paunsdorf, ihn als Desinfektor hier wieder zuzulassen, wurde abgelehnt.

8. Wegen Gewährung eines Staatsdarlehens an einen Gewerbetreibenden wurde beschlossen, die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen, wenn der Stadt die vorhandene Geschäftseinrichtung an erster Stelle verpfändet wird.

9. Von dem Wiederantritt des Schuhmanns Wildenhain nahm man Kenntnis. Der Hilfsschuhmann Orlop soll bis auf weiteres beschäftigt werden.

10. In das Verzeichnis der ruhegehaltsberechtigten Beamten für den Landesrentenverband sollen die Gehälter so eingestellt werden, wie sie seither als pensionsberechtigt galten. Von einer Zuschrift des Landesrentenverbandes vom 23. September 1918 nahm man Kenntnis.

11. Man ist damit einverstanden, daß die durch Versicherung gedeckte Dienstfähigkeit des früheren Stadthausverwalters Eckert im Betrage von 2 500 Mk. freigegeben wird. Die dargeleistete Sicherheit von 500 Mk. soll noch innebehalten werden.

12. Der frühere hiesige Kassenbeamte Schneider soll vorübergehend zur Verwaltung der Stadtkasse eingestellt werden, mit monatlicher Kündigung ohne pensionsberechtigt zu sein bei sofortigem Antritt.

13. Dem Schulhausmann Schröder wurden 200 M. einmalige Teuerungszulage bewilligt. Eine etwaige weitere Gehaltsregelung für den Schulhausmann überläßt man dem neuzubildenden Schulvorstand.

14. Die Angelegenheit wegen Notstandsarbeiten soll weitergeführt werden, indem von einem gebildeten Ausschuss, bestehend aus dem Bürgermeister, den Herren Stadtrat Beyer, Lange, Thiemann und Schorler, Zeichnungen, die sich zu Kleinwohnungen eignen, ausgewählt werden sollen. Auch auf das Schlagen von Knack soll zurückgekommen werden.

15. Das Gesuch des Herrn Kaufmanns Becker in Leipzig-Lindenau, ihm eine Entschädigung für angeblich verloren gegangenes Aluminium zu gewähren, lehnte man ab.

16. Einer benachbarten Schulgemeinde soll ein Darlehen von 2000 M. unter den günstigsten Bedingungen aus der Sparkasse gewährt werden.

Naunhof, am 11. Januar 1919.

Der Bürgermeister.
Wüller.

Der Arbeiterrat.
Thiemann.

Die Auslegung der Wählerliste zur Volkskammer der Republik Sachsen betr.

Die hiesige Wählerliste für die am 2. Februar 1919 stattfindenden Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen liegt vom

14. bis 21. Januar 1919

zu jedermanns Einsicht im Rathaus, Erdgeschoss, Anmeldezimmer, aus.

Einreden gegen diese Liste sind innerhalb der Auslegungsdauer bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter Beifügung der etwaigen Beweismittel anzubringen.

Naunhof, am 10. Januar 1919.

Der Bürgermeister.
Wüller.

Städtische Sparkasse Naunhof.

Rücklagenbestand: 470 000 Mark — Pfg.

Sparverkehr im Jahr 1918:

10466 Einlagen im Betrage von 2257629 Mark 87 Pfg.

3574 Rückzahlungen im Betrage v. 1290670 Mark 04 Pfg.

Rassenumsatz: 9355640 Mark 50 Pfg.

Geschäftszeit: Jeden Werktag von vormittags 8

bis nachmittags 3 Uhr. Sonnabends durchgehend

von vormittags 8 bis mittags 2 Uhr. Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent. Tägliches Zinsberechnung.

Naunhof, am 8. Januar 1919.

Die Sparkassenverwaltung.

Wüller.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.

Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks.

Schuld- und Giro-Verkehr.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Telefon Nr. 44. Geschäftszeit: 10—11 Uhr. Postfachkonto: Leipzig Nr. 10783.

Zersplitterung.

Aus den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei wird uns geschrieben:

Als nach den ersten Schlägen der Revolutionszeit das Bürgerium Umsturz hielt und sich auf sich selbst besann, war es wohl der erste Gedanke eines Jeden: „Jetzt muß das Bürgerium gelöst werden, in den Kampf für Recht und Ordnung aufnehmen, die Parteiführer, die es bisher gelassen und seinen politischen Einfluss geschwächt haben, müssen fallen!“ Die rasch gesammelte Deutsche Demokratische Partei schien dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen und die Sammlung aller besonnenen Elemente durchzuführen zu wollen. Von linksliberaler wie von der äußersten rechten Seite war der christliche Wille vorhanden, sich auch solchen Führern unterzuordnen, deren bisherige politische Tätigkeit nicht den Befall aller gefunden hätte. Schon nach wenigen Tagen aber änderte sich das Bild. In einer Versammlung der nationalliberalen Partei in Leipzig am 15. November wollten zwar einige Diskussionsredner den Zusammenschluß auch auf die rechtsstehenden Parteien ausdehnen, ließen aber auf entscheidenden, wie das „Leipziger Tageblatt“ hervorhob, „berechtigten“ Widerspruch und zwei Tage später erklärte das Blatt in einem eignen Artikel, daß das Zusammengehen mit den gesamten rechtsstehenden Parteien unmöglich sei. Diese Entscheidung, die sich nach dem Vorbild der Berliner Führung vollzog, schloß eine große Gruppe deutschgeinnter Männer und Frauen aus und zwang sie, sich einer ihrer Lieberzeugungen entsprechende Organisation zu schaffen.

Ohnen hat die etwas später auf den Plan tretende, in der Erkenntnis dieser Notwendigkeit gegründete Deutschnationale Volkspartei Selbsteigent, in ihrem Sinne zu wirken. Diese Teilung brauchte nicht zu einem Gegenüberarbeiten zu führen, vielmehr bestand die Möglichkeit, die bürgerliche Wirksamkeit von verschiedenen Standpunkten aus zu fördern. Deshalb richtete der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Leipzig, am 16. Dezember die dringliche Anfrage an die Parteileitungen der Deutschen Demokratischen Partei und der Christlich-demokratischen Partei, ob sie zur gemeinsamen Arbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei bereit seien. Nach drei Tagen traf von der Zentrumspartei die Antwort ein, daß sie zu einer Verbindung der Listen bereit sei, von der Demokratischen Partei war bei Jahresabschluss eine Antwort nicht erfolgt.

Inzwischen waren zahlreiche Männer und Frauen, die ihrer ganzen Gesinnung und Vergangenheit nach auf deutschnationalem Boden standen, der Demokratischen Partei beigetreten, in dem Glauben, daß dies die einzige ausschließliche Vertreterin der bürgerlichen Interessen sei. In diesen Kreisen hat die Veröffentlichung der Kandidatenliste der Deutschen Demokratischen Partei erneut schwere Beunruhigung hervorgerufen, da die Vertreter ihrer Lieberzeugung sämtlich an amfichtlose Stellen gesetzt waren. Die meisten von ihnen hielten sich noch die Furcht vor der Zersplitterung ab, der Demokratischen Partei den Rücken zu kehren. Sie vergaßen aber dabei, daß die neu eingeführte Verhältniswahl es ermöglicht, daß jeder Bürger nach seiner Lieberzeugung seine Stimme abgibt, und dabei doch keine der für eine einzelne Partei abgegebenen Stimmen im Kampfe verloren geht, wenn die bürgerlichen Parteien ihre Listen miteinander verbinden.

Nach wie vor ist die Deutschnationale Volkspartei hierzu bereit! In ihrem Aufruf an die Mitbürger in Stadt und Land sagt sie: „Allen Versuchen, das gesamte Bürgerium im Kampf für Recht und Ordnung zusammenzufassen, werden wir unsere vollste Unterstützung gewähren.“

Die Deutschnationale Volkspartei kann nicht glauben, daß die Demokratische Partei die gemeinsamen Interessen des Bürgeriums so weit außer Acht läßt, daß sie die gebotene Hand nicht ergreift.“ Inzwischen geht uns folgende Nachricht zu:

Die Demokratische Partei zu Leipzig hat in ihrer letzten Mitgliederversammlung den auf eine Anregung der Deutschnationalen Volkspartei zurückgehenden Antrag auf Herstellung der Listenverbindung zur Wahl zur Nationalversammlung abgelehnt. Damit ist die Einigung des Bürgeriums zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie von demokratischer Seite unmöglich gemacht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Sur Verlängerung des Waffenstillstandes hat Marschall Foch an die deutsche Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm gerichtet: Das Waffenstillstandsabkommen, das am 12. und 13. Dezember 1918 erneuert worden war, läuft am 17. Januar ab. Die Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens hat nicht die Zustimmung der alliierten Regierungen gefunden. Infolge dieser Sachlage haben sich die alliierten und deutschen Bevollmächtigten, welche die Abmachungen vom 11. November und vom 18. Dezember getroffen haben, zu einer neuen Beratung zu vereinigen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Januar hinaus zu beschließen. — Diese Beratung soll am 14. oder 15. Januar in Trier stattfinden.

Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen haben wieder stark zugenommen. Allein am 7. Januar meldeten sich beim Bezirksamt Rehl (Baden) 41 ausgewiesene Personen und 92 andere, die unter dem Druck der politischen Verhältnisse Elsaß-Lothringen verlassen haben. Zu beiden Kategorien gehören viele Universitätsprofessoren, welche in einem Vortrag nach Rehl befristet wurden. Von den ausgewiesenen Frauen, welche die Rheinbrücke zwischen Straßburg und Rehl zu Fuß passierten, wurden lebhaft Klagen erhoben, daß die Franzosen körperliche Durchsuchungen und teilweise Entkleidungen vornähmen, zwar durch Frauen, aber in Gegenwart eines französischen Offiziers.

Nach einer New Yorker Meldung sind keine wirtschaftlichen Zwangsmahregeln gegen Deutschland seitens der Vereinigten Staaten beabsichtigt. Diese müßten vielmehr vermieden werden, wenn man Schadenersatzansprüche gegen Deutschland geltend machen wolle. Die Blockade gegen Deutschland könne aufgehoben werden, bevor der Friedensvertrag unterzeichnet sei. Gleichzeitig betont die amerikanische Regierung, daß sie sich bisher in keiner Weise über diesen Punkt geäußert habe, weil andere Länder behaupten, daß die Vereinigten Staaten Deutschland retten wollten. Wenn Frankreich und England Entschädigungen wünschen und die Ausdehnung der Anarchie in Deutschland verhindern wollten, so müßten sie eben Vian ausgeben, der zur wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands führen würde.

Über die Kosten der Revolution in Köln wurde in der dortigen Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß diese sich auf 3 272 000 Mark belaufen. Von verschiedenen Rechnern wurde erklärt, daß bei den Bürgerlichen kein Zweifel darüber besteht, daß die Revolution an unserer wirtschaftlichen Krise die Hauptschuld trägt, daß eine Rettung nur möglich ist durch Rückkehr zu schaffender Arbeit, durch Wiederherstellung der Wettbewerbsmöglichkeiten unserer Industrie, durch Ausrottung jeglicher Art des Bolschewismus.

In Bosen sollen erneute Verhandlungen mit den Polen seitens der Berliner Regierung zum Abschluß eines Waffenstillstandes geführt werden. Der stellvertretende kommandierende General in Bosen, v. Bock und Polach, wird von den Polen trotz des Einspruches von Berlin aus noch immer als Geiseln festgehalten. Der Oberste polnische Volkerrat antwortete, er sei zur Entlassung des Generals bereit, wenn Gewähr geleistet würde, daß die deutschen Fliegerangriffe aufhören und die seitgenommenen Bosen in anderen Gebietsstellen freigelassen würden.

Eine Bekanntmachung der preussischen Regierung beschäftigt sich mit dem Verhältnis der preussischen Beamten zu den bevorstehenden Wahlen. Den Beamten darf außerhalb des Dienstes keine Schranke auferlegt werden zur Betätigung ihrer politischen Meinungen. Nur sind dabei die Grenzen innezuhalten, welche die Rücksicht auf die Unparteilichkeit ihrer Amtsführung erfordern. Unzulässig ist selbstverständlich jede amtliche Einwirkung eines Vorgesetzten auf die politische Betätigung der ihnen unterstellten Personen. Ebenso haben die Beamten jede aus ihrem Amt fließende Einwirkung auf die politische oder soziale Haltung der Wähler zu unterlassen.